

INFORMATION

zur Pressekonferenz mit

**Landeshauptfrau Mag.^a Johanna Mikl-Leitner,
Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer,
Mitglieder des Bundesrates KommR Robert Seeber
und Karl Bader**

Freitag, 10. Jänner 2020, 11:00 Uhr,
Festsaal, Schlossmuseum Linz

zum Thema

**„Gemeinsam Zukunft gestalten“ -
Oberösterreich übernimmt Ländervorsitz
von Niederösterreich - LH Stelzer wird
Vorsitzender der LH-Konferenz und
Seeber Bundesratspräsident**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Oberösterreich hat für das erste Halbjahr 2020 den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz von Niederösterreich übernommen. Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer bekam heute von seiner Amtskollegin aus Niederösterreich, Mag.^a Johanna Mikl-Leitner, symbolisch eine symbolische Stafette überreicht. Ebenso erfolgte die Übergabe des Vorsitzes im Bundesrat an Robert Seeber, der für die nächsten sechs Monate die Funktion des Präsidenten der Länderkammer von Karl Bader (NÖ) übernommen und symbolisch einen Schlüssel bekommen hat. Dem Motto des Oö. Vorsitzes „Gemeinsam Zukunft gestalten“ folgend, möchte OÖ Initiativen im Pflegebereich und zur Stärkung der Regionen setzen.

„Es zeichnet sich ab, dass sich die Wirtschaftsentwicklung wieder etwas verlangsamten bzw. normalisieren wird. Unser Ziel als Ländervertreter ist es daher, Arbeitsplätze vor allem in den Regionen zu sichern und ein solides Umfeld für unsere Unternehmen zu bewahren. Aber natürlich werden im Vorsitzhalbjahr auch länderspezifische Themen, wie die Finanzierung oder Organisation der Pflege, angegangen. Jeder und Jede soll sich darauf verlassen können, dass man die beste Pflege bekommt. Daher muss auch die Verunsicherung unter den Pflegenden und Gepflegten nach dem Pflegeregress-Aus endlich ein Ende finden. Das ist unwürdiges Schauspiel auf dem Rücken der Pflegenden und Gepflegten. Die Finanzierungsfrage muss die neue Bundesregierung rasch mit den Bundesländern klären“, betont Oberösterreichs Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer.

Eine starke Republik braucht starke Bundesländer und einen stabilen Rahmen, in dem gestaltet und im Wechselspiel von Bund und Ländern an einer guten Weiterentwicklung und an der Lösung von wichtigen Zukunftsfragen gearbeitet werden kann. *„Das ist mit der neuen Bundesregierung nun ermöglicht. Wir setzen auf Zusammenarbeit und erwarten uns auch eine entsprechende Unterstützung“,* so Stelzer.

Geht es nach dem Landeshauptmann, dann sollen Dinge mit Hausverstand möglichst vor Ort nahe bei den Menschen geregelt werden. Die großen inhaltlichen Themen seines Vorsitzes werden die wirtschaftliche Entwicklung und

Pflege sein. Auch die Finanzausgleichsverhandlungen – die aktuelle Verteilung der Steuereinnahmen zwischen den Gebietskörperschaften gilt bis 2021 – müssen vorbereitet werden. Eng damit verbunden ist der dynamisch wachsende Bereich der Pflege-, Sozial- und Gesundheitsangebote, der auf Grund der Bevölkerungszusammensetzung und Alterung der Gesellschaft nach nachhaltigen Lösungen verlangt.

Als weitere wichtige Stoßrichtung sieht Stelzer alle Maßnahmen, die für den Standort Österreich und Oberösterreich zukunftsweisend sind. *„Wir müssen in den Bereichen Forschung, Infrastruktur und Klimaschutz mit Blick nach vorne investieren, um weiterhin gut aufgestellt zu sein!“*.

Wie wichtig eine funktionierende Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern ist, hat die jüngste Vergangenheit gezeigt. Die Phase der Übergangs-Bundesregierung hat auch verdeutlicht, wie bedeutend der Föderalismus mit seinen vielen Vorteilen – von einer großen Bürgernähe bis hin zur effizienten Erbringung öffentlicher Leistungen – ist.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zur Bilanz über ihre Vorsitzzeit des zweiten Halbjahres 2019: *„Die wichtigste Aufgabe in dieser Vorsitzführung war, in turbulenten Zeiten mit keiner gewählten Bundesregierung, für Stabilität, Sicherheit und Weiterentwicklung im Land zu sorgen. Das ist uns Bundesländern als Grundpfeiler der Republik gut gelungen, weil wir auf verantwortungsvolle Arbeit und vertrauensvolle Zusammenarbeit über die Landes- und Parteigrenzen hinaus gesetzt haben.“*

Und sie verweist auch auf die Landeshauptleutekonferenz im November in Wiener Neustadt: *„Bei unserer Landeshauptleutekonferenz im November haben wir in vielen Bereichen einstimmige Entschlüsse gefasst - wenn ich etwa an eine deutliche Erhöhung der Studienplätze für die Humanmedizin in Österreich denke, einhergehend mit entsprechend zusätzlicher Ausstattung der Medizin-Unis. Oder auch an spezielle Stipendienplätze an öffentlichen Universitäten gekoppelt an befristete Verpflichtung, in Österreich ärztlich tätig zu sein (u.a. Landarztstipendien). All diese Entschlüsse – sei es etwa bei der*

Steuerentlastung, beim Klimaschutz oder im Fachhochschulbereich – sind im neuen Regierungsprogramm verankert. Daher bin ich zuversichtlich, dass sich hier noch einiges bewegen wird.“

Bundesratspräsident Robert Seeber über die Ziele seiner Präsidentschaft in der Länderkammer: *„Der Bundesrat hat im letzten Halbjahr den ‚Masterplan ländlicher Raum‘ forciert, der auch die Leitlinie für den Vorsitz Oberösterreichs im Bundesrat ist. Der Schwerpunkt wird nun in der Standort- und Arbeitsmarktpolitik liegen. Wichtig ist mir dabei aufzuzeigen, dass Wirtschaftswachstum nicht zulasten der Umwelt gehen muss, sondern dass Klimaschutz gerade für kleine und mittlere Unternehmen eine große Chance in sich birgt.“*

Seeber zu seinen Vorhaben in der Länderkammer: *„Der Bundesrat wird sich im in einer Enquete mit der Standort- und Arbeitsmarktpolitik in Österreich beschäftigen, eine Bundesratsdelegation wird sich zudem auch im Ausland, etwa in Polen, ansehen, wie dort zukunftsweisende Standort- und Arbeitsmarktpolitik gemacht wird. Der „Bundesrat im Bundesland“, den Niederösterreich erstmals 2019 durchgeführt hat, wird 2020 im Zeichen des nachhaltigen Wirtschaftens stehen. Ich werde dazu alle Bundesräte nach Oberösterreich einladen, damit wir uns hier ein aktuelles Bild davon machen können, denn Oberösterreich hat hier Vorbildcharakter.“*

Karl Bader zieht Bilanz über seinen Vorsitz in der Länderkammer: *„Niederösterreich hat im Bundesrat ein Thema positioniert, das auch die nächsten fünf Präsidentschaften prägen wird. Mit dem ‚Masterplan ländlicher Raum‘ konnte deutlich gemacht werden, wofür der Bundesrat steht: Die Interessen der Bundesländer und Gemeinden in der Bundespolitik zu vertreten. Der Bundesrat hat damit die Themenführerschaft für den ländlichen Raum übernommen und sich als effiziente Vertretung der Bundesländer und Gemeinden in der Bundespolitik erwiesen.“*

Bader verweist dabei auf den letzten Gesetzesinitiativantrag des Bundesrates: *„Unsere Forderung, bei der Errichtung einer neuen Dienststelle des Bundes zu prüfen, ob diese außerhalb der Bundeshauptstadt angesiedelt werden kann, ist ein Beispiel dafür, dass die Länderkammer konkrete Vorstellungen zur Zukunft des ländlichen Raumes hat, die sie auch entsprechend forciert. Während meiner Präsidentschaft hat es keine gewählte Regierung gegeben, sondern ein Beamtenkabinett. Vieles, das schon im Vorfeld der Bundesratspräsidentschaft mit den Ministerien geplant war, war im Mai plötzlich obsolet. Umso mehr freue ich mich, dass der ländliche Raum nun auch im Regierungsprogramm starke Beachtung findet.“*

„Föderalismus“-Umfrage stellt Arbeit der Länder gutes Zeugnis aus

Im Rahmen einer telefonischen Erhebung im Zeitraum August/September 2019 wurden 1.000 Österreicher/innen ab 16 Jahren (Schwankungsbreite 3,1 Prozentpunkte) repräsentativ durch das Institut M&R befragt.

Landeshauptmann Thomas Stelzer dazu: *„Ich sehe die Länder als Partner, die die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen vor Ort unmittelbar kennen und als permanenter Ansprechpartner da sind. Im Zusammenspiel mit den Gemeinden aber auch der Bundesebene treten wir als Problemlöser und Impulsgeber auf. Die Bundesländer sind ganz vorne, wenn es um Verbundenheit, politische Zufriedenheit und Lösungskompetenz geht!“*

Zentrale Ergebnisse der „Föderalismus“-Umfrage:

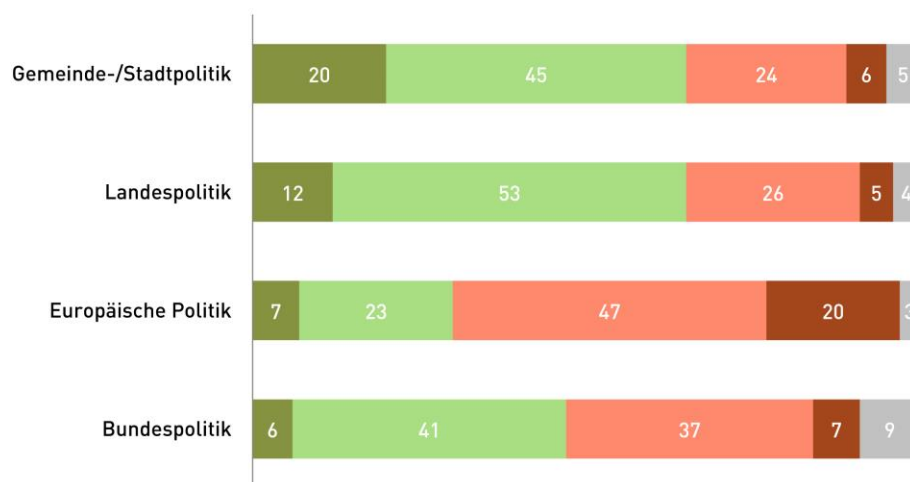
Große Verbundenheit und Zufriedenheit – Länder als Problemlöser

- 92 Prozent der Österreicher/innen fühlen sich mit ihrem Bundesland verbunden, nur acht Prozent fühlen sich damit nicht verbunden.
- 71 Prozent sind mit der politischen Arbeit im Bundesland zufrieden (=Österreich-Schnitt), 25 Prozent sind unzufrieden.
- 65 Prozent der Befragten schätzen die Fähigkeit der Bundesländer, die Probleme der Zukunft zu lösen als hoch ein, 31 Prozent als niedrig.

Politikebenen _ Lösungskompetenz

Wie schätzen Sie die Fähigkeit der Politik ein, die dringendsten Probleme in den nächsten Jahren zu lösen?

sehr hoch
 eher hoch
 eher niedrig
 sehr niedrig
 keine Antwort



Angaben in %

Landespolitik genießt deutlich höheres Ansehen als Bundespolitik

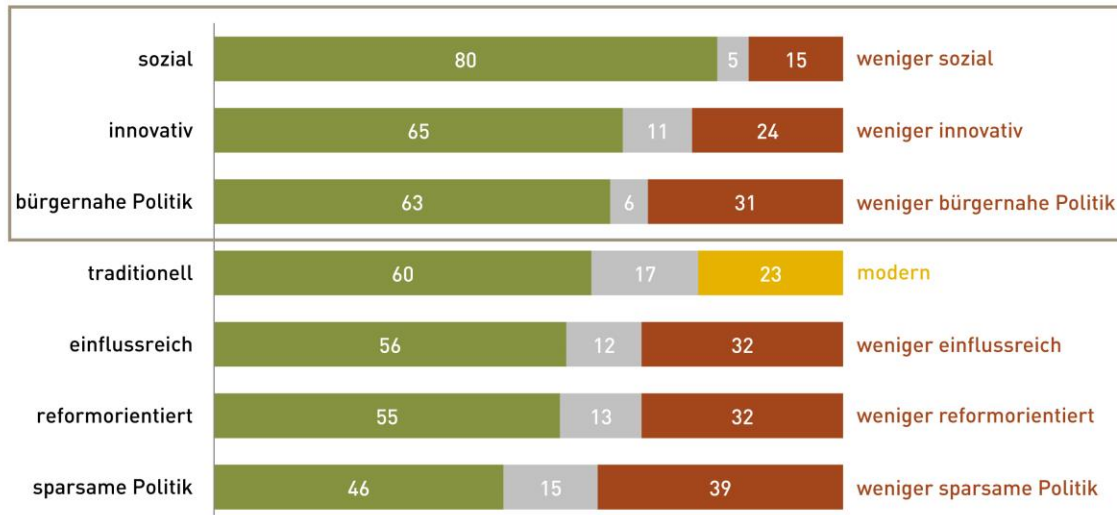
- Für mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) genießt die Landespolitik höheres Ansehen als die Bundespolitik. 24 Prozent sind der Meinung, dass Bundespolitik ein höheres Ansehen genießt als Landespolitik.

Länder sind sozial, innovativ und bürgernah

- 80 Prozent der Österreicher/innen empfinden ihr Bundesland als „sozial“, nur 15 Prozent beschreiben es als „weniger sozial“.
- Zwei Drittel der Befragten (65 Prozent) sehen ihr Bundesland als „innovativ“.
- 63 Prozent der Befragten erleben Politik in ihrem Bundesland „bürgernah“.

Länder _ Imageprofil

Bitte sagen Sie mir welche der folgenden Eigenschaften auf Ihr Bundesland zutreffen bzw. nicht zutreffen.



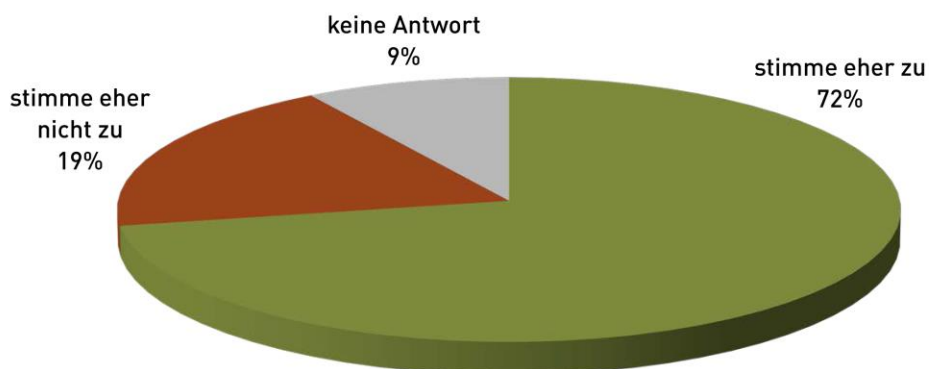
Angaben in %

Landesregierungen und Landtage als wichtiger Bestandteil unseres politischen Systems

- Drei Viertel der Befragten (72 Prozent) empfinden Landesregierungen als wichtige Gegengewichte zur Bundesregierung.
- Zwei Drittel (65 Prozent) sehen die neun Landtage als wichtigen Bestandteil unseres politischen Systems.

Landesregierungen _ Gegengewichte

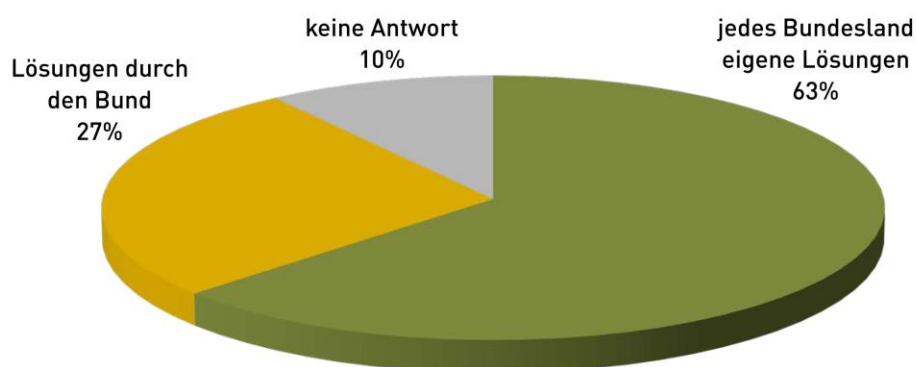
Die Landesregierungen sind wichtige Gegengewichte zur Bundesregierung – stimmen Sie dieser Aussage eher zu oder eher nicht zu?



Der mehrheitliche Wunsch: Eigenständigkeit der Länder

- 63 Prozent der Österreicher/innen vertreten die Meinung, dass es besser ist, wenn jedes Bundesland eigenständige Lösungen für seine Probleme findet, da jedes Bundesland seine Eigenheiten hat.
- 27 Prozent glauben, dass Probleme der Bundesländer am besten durch den Bund geregelt werden können, da der Bund den besseren Überblick hat.
- 51 Prozent möchten darüber hinaus mehr Zuständigkeiten für die einzelnen Länder.

Problemlösung _ Bund vs. Länder



Termine im Zusammenhang mit dem Oö. Vorsitz der LH-Konferenz:

- 12. Februar 2020: Feierlicher Empfang Oberösterreichs in der Hofburg
- 13. Februar 2020: Rede von Landeshauptmann Thoma Stelzer als Vorsitzender der LH-Konferenz im Bundesrat
- 24. April 2020: Konferenz der Finanzreferent/innen und Konferenz der Landesamtsdirektor/innen, Linz
- 15. Mai 2020: Konferenz der Landeshauptleute, Linz
- 29. Mai 2020: Konferenz der Gesundheitsreferent/innen, Traunkirchen